

Editorial

System und Systemsteuerung im Bildungsbereich sind vieldiskutierte Probleme – auch in der Weiterbildung. Je nach Theorie- und Forschungstradition werden sie auf spezifische Weise thematisiert: im Neoinstitutionalismus etwa als globale Diffusionsprozesse, in akteurszentrierten Ansätzen der Sozial- und Politikwissenschaften als Wandel der Institutionalisierung von Weiterbildung, in systemtheoretischen Ansätzen in der Tradition und Weiterführung Luhmanns als systemrelevante Beobachtung von pädagogischen Kommunikationen und schließlich in gouvernementalitätstheoretischer Ausprägung im Anschluss an Michel Foucault als Subjektivierung von Kontrolle. In der neueren angelsächsischen Literatur zur Weiterbildung ließen sich darüber hinaus die Actor-Network-Theory¹ und ansatzweise auch – über Rechtfertigungsordnungen – die „Soziologie der Konventionen“ als weitere Bereiche ausmachen, die sich mit Systemen und Steuerungsfragen beschäftigen. Im Besonderen sei auch auf Globalisierungstheorie und Europäisierung als Perspektive verwiesen, die – in Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und mit der Schaffung eines europäischen Bildungsraums – vorwiegend Fragen des Wandels von öffentlichen Möglichkeiten professioneller und bildungspolitischer Gestaltung im Vordergrund sehen.²

Diesem Schwerpunkt widmet sich die vorliegende Ausgabe des REPORT. Europäisierung bedeutet in diesem Zusammenhang die Schaffung eines „legible, governable, commensurate policy space“.³ Ausgehend von einer eingeschränkten Kompetenz im Bereich der Berufsbildung hat sich die neue nationenübergreifende europäische Bildungspolitik in eine Sphäre verwandelt, die sich über Benchmark-gesteuerte, standardorientierte und sich auf die Organisation von Netzwerken stützende Hervorbringung von „evidenten“ Größenordnungen als wirkungsmächtige „soft governance“ in einem neu entstehenden Politikraum entwickelt (ebd., S. 11).

Von den genannten Theoriebezügen ist in den folgenden Beiträgen kaum die Rede; sie werden eher gestreift, oder allenfalls wird indirekt auf diese verwiesen. Gemeinsam ist ihnen aber eine bestimmte Sicht auf das Weiterbildungssystem bzw. einen Teilbereich, in welchem diese „neue“ Formen der Steuerung in den Fokus geraten: der Verweis auf diskurspolitische Setzungen im Rahmen bildungsökonomischer Rahmungen, auf Berichterstattung, Qualitätssicherung und Monitoring. Ein System wird nicht nur über Gesetzesprojekte oder behördliche Bildungsplanungen gestaltet, sondern gerade auch über wenig spektakuläre und nicht im Vordergrund der Öffentlichkeit durchgeführte Maßnahmen.

1 Fenwick, T./Edwards, R. (2010): Actor-Network Theory in Education. London

2 Ball, S.J. (2012): Global Education Inc. – New Policy Networks and The neo-liberal Imaginary. London

3 Lawn, M./Grek, S. (2012): Europeanizing Education – Governing a new policy space. Oxford

Der Beitrag von *Harry Friebel* fasst das Paradox der bildungspolitisch hochgehaltenen und empathischen Rede vom lebenslangen Lernen und der eingeschränkten Weiterbildungsbeteiligung als gezielte Dekonstruktion der öffentlichen Verantwortung, insbesondere für Bildungsbenachteiligte. Diskurspolitisch wird „Selbststeuerung“ und individuelle Lernfähigkeit mit einem darauf ausgerichteten bedürfnisgerechten Markt als Mythos zelebriert, denn hiermit werden edukative Ansprüche in marktfähige Dienstleistungen „übersetzt“. Insofern erfüllt lebenslanges Lernen als Konzept für eine wissensbasierte Gesellschaft – so die These des Autors – gerade nicht den pädagogischen Anspruch an die Weiterbildung.

Nach dieser eher essayistisch gehaltenen Eröffnung folgen drei Beiträge, die mit Blick auf die Weiterbildung im Wesentlichen deskriptiv – aufgrund geförderter Projekte als empirische Basis – spezifische Phänomene in der Bundesrepublik Deutschland darlegen. Der Beitrag von *Elisabeth Reichart* und *Kirsten Mühlheims* widmet sich der Frage, ob Bildungsberichterstattungen taugliche Steuerungsinstrumente für die Weiterbildung sind. Bildungspolitik richtet sich nach „Evidenzen“ aus, und hierbei spielen gesammelte und aufbereitete Indikatoren und Kennzahlen, die in internationalen, nationalen, länderbezogenen und kommunalen Berichterstattungen aufscheinen, auch für den Bereich der Weiterbildung eine bedeutsamere Rolle – auch wenn sie in der vorliegenden Form und Praxis, so die Autorinnen, nur bedingt steuerungsrelevantes Wissen erzeugen. Weniger den Output als wirkungsbezogene Outcomes gelte es weiterzuentwickeln.

Kirsten Aust und *Bernhard Schmidt-Hertha* verweisen in ihrem Beitrag aus systemtheoretischer Perspektive auf „Macht“ und „Geld“ als Steuerungsmedien, die sich im Zusammenhang mit Qualitätsmanagement auf die europäische Ebene verlagern. Über europäische Förderprogramme – sprich finanzielle Anreize – setze sich auch in der Weiterbildung zunehmend eine systematische Qualitätsentwicklung durch. Die Qualitätssicherung sei jedoch sehr unterschiedlich ausgestaltet, was disparate Auswirkungen auf die Weiterbildungsorganisation, aber auch auf die Lehr-/Lern-Interaktion zur Folge habe. Als übergreifende Gemeinsamkeit sehen sie hingegen, dass hiermit eine Reduktion der staatlichen Steuerung und Finanzierung vorangetrieben wird.

Dieter Gnahs und *Christina Weiß* richten die Aufmerksamkeit in ihrem Beitrag auf die wenig beachtete Steuerung der Weiterbildung auf kommunaler Ebene. Ausgehend von einer Gegenüberstellung von „alten“ und „neuen“ Steuerungsparadigmen wird auf das Governance-Konzept verwiesen, das den Staat aus seiner dominanten Rolle entlässt und ihm die eines aktivierenden und koordinierenden Akteurs zuweist. Auch hierin spielten internationale Vergleichsuntersuchungen und Bildungsberichterstattungen eine Vorreiterrolle. Initiiert durch das Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ beschreiben Autorin und Autor die in einigen Kreisen und Städten erfolgte Indikatisierung für ein kommunales Bildungsmonitoring, das auch Problemlagen und Handlungsbereiche benennt, um daraus Spielräume für spezifische Maßnahmen und Kampagnen zu eruieren.

Im FORUM thematisiert *Bernhard von Rosenblatt* in einer ausführlicheren Darstellung den funktionalen Analphabetismus in Deutschland. Die sich auf empirische Studien stützende Argumentation führt damit die in Heft 1 bereits aufgegriffene Frage der Alphabetisierung und ihre länderspezifische Diskussion in Deutschland, Österreich und der Schweiz fort. Der Autor plädiert für eine Neufassung der Begrifflichkeit „funktionaler Analphabetismus“, der eher als „Schriftschwäche“ zu fassen sei, da der Abstand zu den Schreib- und Lesekundigen weit geringer ist, als derjenige zu Personen, die an Alphabetisierungskursen teilnehmen. Schriftschwäche sei stark sozial zu verorten, und hierbei käme selbst auch der betrieblichen Weiterbildung eine bedeutsame Funktion zu, indem sie einen Beitrag zu Qualifizierungsmaßnahmen für Geringqualifizierte leisten könnte.

Und noch ein Hinweis in eigener Sache: Ab sofort erhält jede digitale Ausgabe des REPORT einen Digital Objekt Identifier (DOI). Dieser DOI ermöglicht u.a. ein zuverlässiges Zitieren von digitaler Literatur. Mehr dazu finden Sie in der Anzeige auf der Umschlaginnenseite. Außerdem können Sie auf wbv.journals.de im REPORT über eine Suchfunktion recherchieren und einzelne Beiträge herunterladen.

Philipp Gonon
Mai 2012